

1	1	2006	Überprüfen Sie, inwieweit die in M 2 und M 3 dargestellten Konflikte für das Scheitern der Revolution von 1848/49 eine zentrale Rolle gespielt haben. Beziehen Sie in Ihre Überprüfung weitere Gründe für das Scheitern ein.	
1	1	2011	Stellen Sie an zwei Beispielen Ihrer Wahl dar, welche Rolle die republikanischen Kräfte im Verlauf der Revolution 1848/49 spielten.	
1	1	2012	Erläutern Sie an zwei Beispielen, welche Fehler oder Schwächen der revolutionären Bewegung zum Scheitern der Revolution von 1848/49 beigetragen haben. <b>8 VP</b>	

In den Materialien werden die unterschiedlichen Vorstellungen von der Staatsform, die Frage nach der Anwendung von Gewalt und die Unterdrückung der Konflikte durch die Machtinhaber deutlich. Wenn eingeschätzt werden soll, welche Rolle diese Aspekte beim Scheitern der Revolution spielten, müssen weitere wichtige Gründe erläutert werden, z.B. die unterschiedlichen und zum Teil widersprüchlichen Ziele einzelner Gruppen, die Schwierigkeit, gleichzeitig eine Verfassung und einen Nationalstaat zu schaffen, der Mangel an Machtmitteln, der den Spielraum der Nationalversammlung einengte und die ablehnende Haltung der europäischen Großmächte.

Zur Rolle der republikanischen Kräfte:

Grobfazit:

- Republikaner zahlenmäßig in Minderheit, doch treibende Kräfte bei der Revolution
- durch radikale Forderungen, radikales, aggressives, kriegstreiberisches Auftreten und damit z. T. Verschlimmerung der Situation der ärmeren Bevölkerung bringen sich Republikaner mehr und mehr ins Abseits
- nur bedingte Durchsetzung ihrer Ziele: Abschaffung von Adelsprivilegien, Feudalrelikten, Wahlrecht, Verfassungen

Beispielhafte Ausführungen folgender Punkte zur Begründung obigen Grobteils durch Schüler möglich

- heterogene Zusammensetzung und Verschiedenartigkeit republikanischer Ziele
- bereits Niederlage im Vorparlament, Radikalität, unkluge Organisation des Heckeraufstandes und dessen Scheitern entziehen Republikanern den breiten Rückhalt in der Bevölkerung
- schnelle Erfüllung der Hauptforderungen der Bauern (Aufhebung der Feudalrelikte) durch Fürsten entziehen den Republikanern ebenso den Zuspruch der Masse wie Sorge der Bauern ums nackte Überleben wegen Missernten und lässt Bauern nicht in Scharen zu Republikanern überlaufen
- weitgehend erfolglose Auseinandersetzungen der Republikaner mit der deutlich größeren Mitte in der Paulskirche führen zu monarchischer, nicht republikanischer Verfassung, doch mit demokratischen Elementen
- zweite Revolutionsphase ab Herbst 1848

Scheitern der Revolution:

Allgemeines

- Hauptaugenmerk richtet sich auf Verantwortung der revolutionären Bewegung für das Scheitern der Revolution
- Unterscheidung zwischen unverschuldeten und durch Revolutionäre selbst verschuldeten Fehlern möglich

**unverschuldete Schwächen**

- soziale und politische Heterogenität der Revolutionäre
- unterschiedliche Ziele der Revolutionäre
- politische Unerfahrenheit
- schlechte Vorbereitung und Koordination der Aufstände
- frühes Auseinanderbrechen der revolutionären Front nach rascher Erfüllung der Märzforderungen
- Ausscheren der Bauern
- Aufspringen der Masse auf nationale Begeisterung im Zuge des Bundeskrieges gegen Dänemark lässt eigentliche Revolution in den Hintergrund treten und Sympathie für Fürsten steigen

- Enttäuschung der Liberalen nach Ablehnung der Kaiserkrone durch Friedrich Wilhelm IV.

### **selbstverschuldete Schwächen**

- Ausscheren einiger Liberaler
- Spaltung zwischen Liberalen und Demokraten
- langwierige Verhandlungen in der Paulskirche und verschiedene Ziele der Revolutionäre
- gemäßigte Forderungen aufgrund Furcht vor Radikalisierung
- große Kompromissbereitschaft gegenüber Obrigkeit
- Paulskirche sichert sich nicht Machtmittel, um Errungenschaften der Revolution verteidigen zu können, fehlende Anerkennung der Versammlung im Ausland
- Radikalisierung und Gewaltbereitschaft v. a. der Demokraten kostet bei der Masse das Ansehen der Revolutionäre

1	2	2007	Erörtern Sie, inwieweit mit der Reichsgründung von 1871 die revolutionären Erwartungen von 1848/49 erfüllt worden sind.	
1	2	2011	„Was 1871 erreicht wurde, war eine äußere Einheit ohne volle innere Freiheit.“ (Z. 28f.) Überprüfen Sie diese Aussage Heinemanns anhand von zwei Beispielen aus der politischen Kultur des Kaiserreichs.	

Die Reichsgründung hat den Wunsch nach der deutschen Einheit erfüllt und zwar in der 1849 beschlossenen Form der „kleindeutschen Lösung“ mit dem preußischen König als Kaiser in einer Erbmonarchie. Das Wahlrecht entsprach demokratischen Forderungen, weil es das allgemeine, gleiche, freie, geheime und unmittelbare Männerwahlrecht für den Reichstag festlegte. Die Entscheidung der Nationalversammlung für eine konstitutionelle Monarchie wurde ebenfalls durch die Reichsgründung bestätigt.

Anderen Erwartungen von 1848/49 widersprach die Reichsgründung. Dieser Staat entstand nicht durch Volksentscheidungen, sondern durch Beschlüsse der Fürsten.

Da die Macht des Reichstages sehr eingeschränkt war, gab es keine wirkliche Volkssouveränität, zumal die Macht der Fürsten im Bundesrat sehr stark war. Die Verfassung wurde nicht durch eine gewählte Nationalversammlung beschlossen, sondern wurde „von oben“ eingeführt, indem die des Norddeutschen Bundes ohne große Veränderungen auf das Kaiserreich übertragen wurde.

Es gab im Gegensatz zu 1849 keinen Grundrechtekatalog in der Verfassung des Kaiserreichs.

Demokratische und republikanische Ideen der Nationalversammlung wurden also nicht berücksichtigt

#### Allgemeines

- Aufgabe erfordert Einordnung und Bewertung der historischen Sachverhalte in Bezug auf Heinemanns These
- eine reine Darstellung genügt nicht
- eine differenzierte Argumentation ist erforderlich
- Abheben Heinemanns auf Spannungsverhältnis von nationaler Einheit und freiheitlich demokratischer Staatsordnung

Schüler können Beispiele aus folgenden Bereichen wählen:

#### Äußere Einheit

- Konsolidierung des Obrigkeitsstaates (z. B. innere Reichsgründung: Vereinheitlichung von Gesetzen, Maßen, Gewichten etc.; wirtschaftlicher Erfolg durch Gründerboom und nachfolgender zweiter Boomphase nach Rezession in 70er- und 80er-Jahren stabilisiert Reich; weitgehender sozialer Frieden durch allmähliche Verbesserung der Arbeitsbedingungen auch auf Veranlassung des Staates)
- Gründung von Parteien, Verbänden und Vereinen (z. T. überwacht)
- politische Kultur (z. B. Militarismus, Reichsnationalismus, Massenmobilisierung, Kolonial- und Flottenbegeisterung)

#### Defizite innerer Freiheit

- Formierung politischer Interessen (z. B. Parteien, Verbände, dennoch relative Machtlosigkeit im Reichstag)

- politische Konflikte (z. B. Kulturkampf, Sozialistengesetz, Ungerechtigkeit im Wahl-system der Einzelstaaten z. B. Sachsen, Preußen, Mehrheitswahlrecht im Reich; keine Verankerung von Grundrechten in Verfassung; nur konstitutionelle, nicht parlamentarische Monarchie; Zensur)

Besonderes:

- Begriff der „negativen Integration“ als Bezeichnung für Bismarcks Herrschafts-technik kann aufgegriffen werden

1	3	2008	Erläutern Sie, wie sich die in M 1 angesprochene obrigkeitsstaatliche Mentalität in verschiedenen Bereichen der Gesellschaft des Kaiserreichs zeigte.	
1	3	2009	Erläutern Sie die Spannungen zwischen Beharrung und Veränderung im Kaiserreich an zwei Beispielen aus Politik oder Gesellschaft.	

### erste Beantwortungsmöglichkeit

#### Kulturkampf

Motive:

- Aussöhnung Bismarcks mit Liberalen
- Angst vor Zusammenschluß Süddeutschlands mit katholischen Nachbarn
- Befürchtung Papsttreue untergraben protestantisch-preußische Hegemonie
- Reaktionen Bismarcks:
- Bekämpfung der Zentrumspartei
- Einführung des Kanzelparagraphen, Verbot des Jesuitenordens
- staatliche Schulaufsicht auch bei kirchlichen Schulen
- allein Zivilehe rechtsgültig, Staatsexamina für Theologen

Folgen

- Stabilisierung der Zentrumspartei trotz Verfolgung (= Fehlschlagen des Kulturkampfes)
- Vertiefung der Spaltung des Volkes in Protestanten und Katholiken

#### Sozialistengesetz

Anlass:

- Attentat auf Wilhelm I. mit Beschuldigung der Sozialdemokraten
- Reaktion Bismarcks:
- Sozialistengesetz zur Behinderung der SPD mit Verbot politischer Vereine, Kundgebungen, Presse; Überwachung von Vereinen und Lokalen
- Sozialgesetzgebung zur Bindung der Arbeiter an den Staat (Krankheits-, Unfall-, Alters- und Invaliditätsversicherung)

Motive:

- SPD internationalistisch, gegen Nationalismus, demokratisch-antimonarchisch gegen Obrigkeitsstaat

Folgen:

- keine Schwächung der Sozialdemokratie, sondern Anwachsen des Stimmenpotentials trotz entsprechender Zuschneidung der Wahlkreise; 1912 stärkste Fraktion im Reichstag
- Verlängerung des Sozialistengesetzes scheidet letztendlich, doch keine politische Zusammenarbeit
- Sozialgesetzgebung lindert Not der Arbeiter, doch eine Bindung der Arbeiter an den Staat nur bedingt erfolgreich

#### Umgang mit nationalen Minderheiten

- Verwaltung Elsaß-Lothringens als Reichsland direkt durch Preußen in Art einer Besatzungsherrschaft; Germanisierungspolitik

- Verbot des Französischen als Amts- und Schulsprache
- rücksichtslose Germanisierungspolitik in polnischsprachigen Gebieten, auch Benachteiligung wegen Zugehörigkeit zum Katholizismus
- ähnliches Vorgehen in dänischsprachigen Gebieten

#### Verhältnis Bismarcks zum Reichstag

- Zusammenarbeit mit wechselnden Parteien zur Mehrheitsbeschaffung je nach momentaner innenpolitischer Lage
- keine Zusammenarbeit mit Sozialdemokratie und Zentrum, später doch Zusammenarbeit mit Zentrum und Abkehr von den liberalen Parteien
- weitgehende Ohnmacht des Reichstages, da Regierung nicht vom Reichstag abhängig, sondern vom Kaiser eingesetzt

#### **zweite Beantwortungsmöglichkeit:**

Auswahl aus dem Bereich der Festigung des Obrigkeitsstaates wählbar, d. h. es sind auch folgende Themen möglich:

- Militarisierung der Gesellschaft
- Verhalten von Adel und Bürgertum
- Bereiche Familie, Schule, Wirtschaft
- Gedenkfeiern und typische Feste des Kaiserreiches als integrativer Bestandteil der Kultur
- Berücksichtigung finden sollen jeweils typische Denk- und Verhaltensmuster der „Untertanen“

Aus den verschiedenen Themenbereichen lassen sich beispielsweise folgende Spannungsverhältnisse „zwischen Beharrung und Veränderung“ (!) entnehmen:

- W 1: adelige Privilegien versus bürgerlichen Aufstiegswillen  
bürgerliche Leitkultur versus proletarische Lebensformen  
autoritäre Erziehung versus reformpädagogische Ansätze
- W 2: altliberale Vorstellungen versus nationalliberale Positionen  
chauvinistische Leitbilder versus Frauenemanzipation  
obrigkeitsstaatliche Kontrolle versus politische Partizipation
- W 3: konservative Machtverhältnisse versus ökonomische Modernität  
soziale Ungerechtigkeit versus wissenschaftlichen Fortschritt  
gesellschaftlicher Antisemitismus versus rechtliche Judenemanzipation  
paternalistisches Sozialmodell versus organisierte Arbeiterbewegung  
politischer Katholizismus versus religionskritischen Liberalismus  
traditionelle Kunst versus künstlerische Moderne

1	3	2010	Erläutern Sie, inwiefern die Außenpolitik unter Wilhelm II. eine grundlegende Veränderung des Kurses von Bismarck bedeutet.	
---	---	------	---	--

Folgende Erläuterungen können von den SchülerInnen erwartet werden:

Die Außenpolitik von Wilhelm II. unterscheidet sich in wesentlichen Punkten von der Bündnispolitik Bismarcks. Während für den ersten Reichskanzler des Zweiten Kaiserreichs die Saturiertheit Deutschlands den Dreh- und Angelpunkt seiner Außenpolitik darstellte, steht für Wilhelms „Neuen Kurs“ das Streben nach Weltgeltung im Vordergrund.

Aus diesem Grund errichtete Bismarck ein defensiv ausgerichtetes Bündnissystem mit zahlreichen europäischen Mächten, um sich vor dem Revanchismus des „Erbfeindes“ Frankreich nach dem deutsch-französischen Krieg von 1870/71 zu schützen. Neben dem Dreibund mit Österreich-Ungarn und Italien schloss er mit Russland einen Rückversicherungsvertrag und unterstützte das Mittelmeerabkommen zwischen Österreich-Ungarn, Italien, Spanien und Großbritannien. Dadurch sollte Frankreich außenpolitisch isoliert werden. Bei der Gründung von Kolonien ging er hingegen betont zurückhaltend vor, um bei den europäischen Kolonialmächten (insbesondere Großbritannien, Frankreich und Russland) keinen Argwohn zu erregen.

Wilhelm II. verfolgt hingegen eine deutlich imperialistischere Außenpolitik, die Deutschland zur führenden Großmacht machen soll. Ein deutliches Anzeichen dafür ist die stark vorangetriebene Flottenpolitik, mit der sich das Deutsche Reich – trotz aller Ausgleichsbemühungen – in direkte Konkurrenz zum englischen Nachbarn begibt. Ebenfalls für Spannungen mit den europäischen Großmächten sorgt die expansive Kolonialpolitik, bei der Deutschland seinen „Platz an der Sonne“ fordert (vgl. M1). Weil sich Wilhelm II. im österreichisch-russischen Konflikt auch öffentlich klar zum alpenländischen Nachbarn bekennen möchte, kommt es zu keiner Verlängerung des Rückversicherungsvertrags mit Russland, wodurch die außenpolitische Isolation Frankreichs unfreiwillig beendet wird. Die hegemonialen Ansprüche Wilhelms II. führen schließlich zur Verwirklichung von Bismarcks Albtraum, der Errichtung feindlicher Koalitionen gegen Deutschland. Die Zunahme internationaler Spannungen entlädt sich schließlich 1914 mit dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs.

1	3	2012	3. Überprüfen Sie an drei Beispielen die Behauptung, das Kaiserreich sei „eine fürstliche Versicherungsanstalt gegen die Demokratie“ (M 1, Z. 25f.) gewesen. <b>12 VP</b>	
---	---	------	---	--

#### Allgemeines

- Überprüfung der These anhand dreier inhaltlich klar voneinander getrennten Beispielen notwendig
- reine Darstellung von Sachverhalten genügt nicht, die Verifizierung der These muss stets gegeben sein
- Schüler sind in ihrem Urteil frei, entscheidend ist einzig die Schlüssigkeit der Argumentation

#### Weg zur Einheit und deren Ausgestaltung

- Reichsgründung erfüllt liberale Forderung nach nationaler Einigung
- Einigung durch Krieg und Revolution von oben

#### Verfassung

- Reich formal ein Fürstenbund
- modernes Wahlrecht und Ansätze zur Gewaltenteilung
- Reichstag mit Budgetrecht
- Gesetze bedürfen der Mehrheit im Reichstag
- Reichskanzler nicht abhängig von Reichstag, sondern vom Kaiser eingesetzt
- Kaiser als Oberbefehlshaber der Armee und Entscheidung über Krieg und Frieden
- Bundesrat und Regierung mit starker Stellung
- Vorherrschaft Preußens über das Reich
- keine Festschreibung von Grundrechten in der Verfassung
- Beteiligung der Parteien zur politischen Meinungsbildung
- Ausspielung der Parteien gegeneinander durch die Reichskanzler
- eingeschränkte Macht der Parteien im Reichstag
- Mehrheitswahlrecht verhindert allzu große Macht der Masse des Volkes

#### Bereich der politischen Kultur

- Widerstreit antidemokratischer und antiparlamentarischer Elemente mit demokratischen
- Sozialistengesetze
- Sozialgesetzgebung
- Militarismus
- Nationalismus
- Kulturkampf
- Rolle des Bürgertums
- Rolle des Adels, Adel meist in Führungspositionen
- Stärkung der Rolle der Parteien
- Verbände
- Massenpolitisierung
- beginnende Emanzipation der Arbeiter, doch nicht verwirklicht
- Herausbildung einer Klassengesellschaft, in der Aufstieg möglich, doch schwierig

1	4	2009	Überprüfen Sie an drei Beispielen Ihrer Wahl, ob die Mehrheitssozialdemokraten in der Anfangsphase der Weimarer Republik Strukturen des Kaiserreichs überwunden haben.	
---	---	------	--	--

Als besonders geeignet erscheinen die folgenden Beispiele:

- a) *Militär*: Vor allem die Heeresleitung blieb ausgeprägt monarchistisch. Das Bündnis zwischen MSPD und OHL (Ebert-Groener-Pakt) zur Bekämpfung linksradikaler Kräfte verhinderte bereits in der Revolutionszeit eine demokratische Reform der späteren Reichswehr, welche fortan als republikfeindlicher „Staat im Staate“ unter dem Kommando des Generals von Seeckt eine Parallelexistenz führte und sich somit der Kontrolle durch die neue Regierung weitgehend entzog.
- b) *Verfassung*: Die politische Partizipation in der neu geschaffenen Republik war ausgeprägter als in der Kaiserzeit: Frauenwahlrecht, Herabsetzung des Wahlalters auf 20 Jahre, direkte Wahl des Reichspräsidenten, Verhältniswahlrecht und plebiszitäre Elemente betonten den demokratischen Charakter der neuen Verfassung. Das Parlament konnte über das (destruktive) Misstrauensvotum die Reichsregierung stärker kontrollieren.  
Andererseits wirkte die starke Stellung des Reichspräsidenten mit dem Notverordnungsrecht wie eine (nur leicht geschwächte) Fortsetzung monarchischer Macht („Ersatzkaiser“). Insgesamt stand die Verfassung der konstitutionellen Monarchie der Kaiserzeit näher als der von den Linksradikalen geforderten Räterepublik.
- c) *Verwaltung und Justiz*: Ebenso wie beim Militär wagte die neue Regierung auch beim kaisertreuen Beamtenapparat keinen personellen Neuanfang und versäumte somit eine grundlegende Demokratisierung im Sinne der neuen Republik. Die konservativ-monarchistische Grundeinstellung der Justiz wurde vor allem bei den tendenziösen Gerichtsurteilen gegenüber politischen Straftätern sichtbar und trug ihr den berechtigten Vorwurf ein, auf dem „rechten Auge blind“ zu sein.
- d) *Wirtschaft*: Die wirtschaftlichen Verhältnisse der Kaiserzeit blieben in der Weimarer Republik weitgehend unangetastet. Durch das vom MSPD-Vorsitzenden Friedrich Ebert vermittelte „Zentralarbeitsgemeinschafts“-Abkommen vom 15. November 1918 zwischen dem Führer der freien Gewerkschaften Carl Legien und dem Vertreter der Arbeitgeber Hugo Stinnes (Stinnes-Legien-Abkommen) erkannten die Unternehmer die Gewerkschaften als gleichberechtigte Vertreter der Arbeiterschaft an und umgingen durch weitere Zugeständnisse (Achtstundentag bei vollem Lohnausgleich, Arbeiterausschüsse in Betrieben mit mindestens 50 Mitarbeitern) die von vielen (radikalen und gemäßigten) Linken geforderte Sozialisierung der Wirtschaft.

1	4	2011	Erörtern Sie, ausgehend von M 3, ob die Weimarer Republik bereits 1930 zerstört worden ist.	
---	---	------	---	--

Allgemeines

- Argumente für und wider die Zerstörung der Weimarer Republik zu diesem Zeitpunkt müssen gegeben werden
- jedes gut begründete Fazit ist als richtige Lösung zu akzeptieren
- in Anlehnung an Karikatur M 3 These daher vertretbar, Weimarer Republik sei bereits 1930 zerstört worden

Argumente für eine Zerstörung des Parlamentarismus 1930

- Krise des parlamentarischen Systems nach Bruch der Großen Koalition 1930 durch Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise und fehlenden Konsens bezüglich des parlamentarischen Systems (Republik ohne Republikaner)
- Weltanschauungsparteien und Parteien, die z. T. nur kleine Interessengruppen repräsentieren, nicht bereit zu Zugeständnissen gegenüber möglichen Koalitionspartnern, beginnende Radikalisierung verfeindeter politischer Lager und sich abzeichnende negative Mehrheit im Reichstag

- Reichskanzler regiert gestützt auf Vertrauen des Reichspräsidenten ohne parlamentarische Mehrheit per Notverordnungen, da sich keine mehrheitsfähige Regierungskoalition bilden lässt
- Präsidialkabinette führen weg von parlamentarischem System hin zur Präsidial-diktatur

Argumente gegen eine Zerstörung des Parlamentarismus 1930

- Parlament behält Recht Regierungskoalitionen zu bilden
- Aushebelung der Notverordnungen mit Mehrheit weiterhin möglich
- von außen durchgesetzter Machtverlust des Reichstages nicht gegeben, da Parteien im Reichstag keine tragfähige Koalition bilden (also Selbstentmachtung des Reichstages)
- Mittragen der Notverordnungen durch SPD
- keine Einschränkung der Reichsverfassung, kein Reichsorgan in seinen Kompetenzen beschnitten, keine Einschränkung der Grundrechte oder politischen Rechte
- Fazit: 1930 hat die Weimarer Republik eine von einer Reichstagsmehrheit tolerierte Minderheitsregierung, deren Spitze durch Reichspräsident eingesetzt ist
- 1932 finden zwei Mal freie Reichstagswahlen statt, bis Anfang 1933 Möglichkeit zur Rettung des parlamentarisch-demokratischen Systems möglich

1	4	2012	4. Arbeiten Sie aus M 2 heraus, wodurch nach Meinung des Historikers Heinrich August Winkler die politischen Handlungsspielräume 1918/19 eingeschränkt wurden und welche Belastungen sich daraus für die Weimarer Republik ergaben. <b>8 VP</b>	
1	4	2012	6. Erörtern Sie unter Berücksichtigung von M 2 und M 3, ob die politischen Weichenstellungen der Jahre 1918/19 für den Untergang der Weimarer Republik verantwortlich gemacht werden können.	

- 1918 keine klassische Revolution, da Handlungsspielräume eingeengt
- Kaiserreich bereits demokratisiert und Revolution nur Erweiterung der Demokratie
- radikaler Wandel Richtung Räterepublik innenpolitisch an Zustimmung des Volkes gescheitert, ebenso Furcht vor Bürgerkrieg
- außenpolitisch radikaler Wandel von Alliierten wohl nicht geduldet, hätte Fortführung des Krieges bedeutet
- parteipolitisch Räterepublik wegen Spaltung der Arbeiterbewegung nicht durchsetzbar
- Spaltung der Arbeiterbewegung ermöglicht Klassenkompromiss der SPD mit der Mitte
- Klassenkompromiss als Belastung der Republik
- versäumte Entmachtung der alten Eliten
- frühestmögliche Wahl der Nationalversammlung unter Druck zur Verhinderung eines Bürgerkrieges

Allgemeines

- Beantwortung kann von der These Winklers in Q 2 ausgehen, dass politische Spielräume 1918/19 begrenzt waren, da sich gemäßigte Kräfte durchgesetzt haben, die parlamentarische Republik bevorzugen
- Bündnisse mit alten republikfeindlichen Eliten: Ebert-Groener-Pakt, Stinnes-Legien-Pakt
- als Schwächen können folgende Punkte genannt werden, doch müssen diese gegen andere Punkte abgewogen werden, die stabilisierend wirkten oder nicht der Weichenstellung 1918/19 geschuldet sind; abschließendes Urteil unerlässlich

**Bestätigung der These Winklers**

**Schwächen der Verfassung**

- starke Stellung des RP
- Art. 48, 54, 25 ermöglichen legale Diktatur und Präsidialkabinette
- reines Verhältniswahlrecht ermöglicht Splitterparteien
- schwache Position des Reichskanzlers, der von Reichstag und Reichspräsident abhängig ist
- kein Verbot verfassungsfeindlicher Kräfte möglich
- Instabilität der Regierungen

**Innenpolitik**

- Dolchstoßlegende
- Diffamierung von Politikern der Mitte als Erfüllungsgehilfen der Entente
- wirtschaftliche und innenpolitische Belastung durch Versailler Vertrag als „Diktatfriede“ und Reparationen
- verfehlte Wirtschaftspolitik: amerikanische Kredite als langfristige Kredite weitergegeben verschärft ab 1929 wirtschaftliche und politische Lage durch Weltwirtschaftskrise

#### **Gegenargumente zur These Winklers**

- stabilisierende Elemente 1919 mit satter Mehrheit der Weimarer Koalition, nur kleiner Teil an Republikfeinden
- antidemokratische Kultur des Kaiserreiches bleibt erhalten
- keine Entmachtung alter Eliten in Militär, Justiz, Verwaltung
- wirtschaftliche Probleme durch Kriegsfolgekosten
- mangelnde Kompromissbereitschaft der Parteien der WR
- schwindender Zuspruch zu Parteien der Mitte
- Politik der Präsidialkabinette und Rolle Hindenburgs
- Weltwirtschaftskrise (s. o.)
- abschließendes Urteil kann gegen oder für die These entfallen
- republikfeindliche Elemente werden nicht, kaum durch Staat bekämpft oder verboten: KPD, DNVP, NSDAP
- Wiedereingliederung Deutschlands in internationale Politik im Laufe der 20er-Jahre wirkt stabilisierend, doch von Teilen der Bevölkerung nicht geschätzt; Diffamierung der Verständigungspolitiker als „Erfüllungsgehilfen“ der Entente

2	2012	5. Beschreiben Sie die Statistik M 3 nach formalen und inhaltlichen Gesichtspunkten und erklären Sie die Statistik im historischen Kontext. <b>12 VP</b>  [Ist die Tabelle über die Wahlergebnisse aus der letzten Klausur]	
---	------	---	--

#### **Beschreibung**

- tabellarische Darstellung der Wahlen 1912, 1919, 1924
- Anzahl der Wahlberechtigten in absoluten Zahlen
- Wahlbeteiligung in Prozent
- Stimmanteile der Parteien in Prozent
- Parteienlandschaft in der Weimarer Republik ähnlich dem Kaiserreich, doch Parteien splitteln sich auf, auch Neugründungen zu erkennen
- Werte auf Statistik des DR basierend, also glaubwürdig

#### **Erklärung vor historischem Kontext**

- 1919 Anstieg der Wahlberechtigten um das 2,5 fache: Frauenwahlrecht, Herabsetzung des Wahlalters
- hohe Wahlbeteiligung durch politische Mobilisierung, die bereits im Kaiserreich erkennbar (84,9 %) ist
- Niveau sinkt bis 1924 um 6 %, doch immer noch hoch
- Fünfparteiensystem des Kaiserreiches durch Mehrheitswahlrecht
- Aufsplitterung des rechten und linken Randes des Spektrums 1919
- 1912 SPD mit 34,8 % starke Stellung, gefolgt von Zentrum und 2 liberalen Parteien
- 1919 Konservative und Nationalliberale als Vertreter des alten Systems schwächer, SPD, Zentrum, Linksliberale gestärkt (Weimarer Koalition)
- 1924 Wahlerfolge der Republikfeinde NSDAP (6,5 %) und KPD (12,6 %), DNVP gewinnt 9 % hinzu gegenüber 1919, DVP auch, erreicht aber nicht Zahlen aus Kaiserreich
- starker Einbruch bei Parteien der Weimarer Koalition: DDP mehr als 10 % Verlust, SPD 17, Zentrum und BVP stabil
- Wahlergebnis 1924 durch Krisenjahr 1923: Inflation, Ruhrkampf, Putsch-versuche
- Vertrauensverlust in demokratische Parteien durch Unterzeichnung des Versailler Vertrages und Hetze der rechten Presse gegen Erfüllungspolitiker
- ab 1924 Weimarer Republik als Republik ohne Republikaner absehbar



2	1	2004	Marschall Sokolowski, der sowjetische Vertreter im Alliierten Kontrollrat, nimmt in der Erklärung (M 2) Stellung zur Besatzungspolitik der Alliierten.  Arbeiten Sie seine Argumente heraus. 8 VP	
---	---	------	---	--

Für Marschall Sokolowski sind die gemeinsamen Positionen der Besatzungspolitik klar. Deutschland soll völlig demilitarisiert werden. Um die Demokratisierung zu erreichen, müssen Faschismus und Rassenideologie ausgerottet werden. Deutschland müsse zumindest einen Teil der Kriegsschäden in den besetzten Ländern übernehmen. Wenn dies erreicht sei, werde es möglich, Deutschland wieder als selbständigen Staat in die Gemeinschaft der anderen friedliebenden Nationen aufzunehmen. Er kritisiert scharf die Bildung der Bi-Zone durch Amerikaner und Briten, da sie die politische und wirtschaftliche Einheit Deutschlands gefährde und damit Deutschlands Entwicklung zum demokratischen und friedliebenden Staat. Er geht davon aus, dass Unstimmigkeiten zwischen den Alliierten ausgeräumt werden können und eine Rückkehr zu einer gemeinsamen politischen Linie in Deutschland wieder möglich ist.

2	1	2004	5. Skizzieren Sie die sowjetische Deutschlands- und Besatzungspolitik bis zum Zeitpunkt der Rede (M 2). 10 VP	
---	---	------	---	--

Es könnten die Maßnahmen in der SBZ dargestellt werden, die zur politischen und wirtschaftlichen Umgestaltung führten, z.B. in der Landwirtschaft, Industrie, Bildung und Justiz, ebenso wie die Reparationspolitik der Sowjetunion (Demontagen, Entnahmen aus der laufenden Produktion, Reparationsansprüche gegenüber den anderen Zonen) und das Festhalten an der Einheit Deutschlands, um Einfluss auf die Entwicklung Gesamtdeutschlands zu nehmen.  
Lernertext: Sowjetisierung der Besatzungszone /DDR

2	1	2005	Skizzieren Sie wesentliche Schritte der Westalliierten ab 1947 zu einem deutschen Weststaat. Ordnen Sie dabei das in M 2, Z. 26 ff. erwähnte Ereignis ein.	
---	---	------	--	--

In der Antwort sollte deutlich werden, dass sich die Politik der Westalliierten unter dem Eindruck des beginnenden Kalten Kriegs vom gemeinsamen deutschland-politischen Konzept der Siegermächte löste und die ab 1947 gemachten Schritte zur Gründung eines Weststaates ebenfalls in eine andere Richtung führten. Dazu gehörten die Gründung der Bi- und Tri-Zone, die Währungsreform, die Londoner Sechs-Mächte-Konferenz, die Frankfurter Dokumente, der Anstoß zum Parlamentarischen Rat, das Besatzungsstatut. Diese Maßnahmen und Ereignisse sollten in die erste Phase des Kalten Kriegs eingeordnet werden.

Das in Z. 26ff. erwähnte Ereignis, die Unterstützung, ja Rettung Berlins während der sowjetischen Blockade durch die westlichen Siegermächte sollte in die westliche Eindämmungspolitik gegenüber der Sowjetunion eingeordnet werden und ist ein Beleg dafür, dass wegen der unterschiedlichen politischen und wirtschaftlichen Vorstellungen und wegen der weltpolitischen Situation des Kalten Krieges eine gemeinsame Deutschlandpolitik nicht mehr möglich war.

2	1	2012	„Insgesamt gibt es zwischen Ost und West ein Gleichgewicht“ (M 1, Z. 22f.). Charakterisieren Sie, wie es vom Kriegsende 1945 bis zum Zeitpunkt des Artikels zu diesem Gleichgewicht gekommen ist. <b>8 VP</b>	
---	---	------	---	--

Allgemeines

Beschreibung der Entwicklung in Grundzügen mit typischen Merkmalen notwendig

- bei Kriegsende Ungleichgewicht zwischen Ost und West trotz Ausdehnung des sowjetischen Machtbereiches
- SU mit starken Kriegszerstörungen, hohen Verlusten an Menschen belastet
- USA 1945-1949 wirtschaftlich und militärisch überlegen (Atomwaffen-monopol, Raketentechnik)

- rasches Zerschlagen der Anti-Hitler-Koalition durch ideologische Differenzen und Divergenz bezüglich der Gestalt Deutschlands
- Abstecken der Interessen- und Einflussgebiete durch beide Mächte unmittelbar nach Kriegsende (Umsetzung der Vereinbarungen Churchill-Stalin; Marshall-Plan, RGW-Gründung)
- divergierende Ideologien der Machtblöcke
- Ebenbürtigkeit der USA und SU zeigt sich in Berlinkrisen 1948/49, 1953, 1958
- Wettlauf der Systeme v. a. auf technisch-militärischem Bereich bis Mitte der 50er-Jahre abgeschlossen (SU im Besitz der Atom- und H-Bombe, Sputnikschock)
- bis Mitte der 50er-Jahre Blockbildung weitgehend abgeschlossen
- Berlinultimatum 1958 zeigt Macht der SU
- Konflikte in Stellvertreterkrieg in Korea festigten Status quo
- Aufstände im Ostblock niedergeschlagen und stabilisieren dort Lage

2	2	2004	6. Zeigen Sie an Beispielen Ihrer Wahl die Entwicklung der politischen Mitwirkungsmöglichkeiten der Deutschen in den Westzonen vom Ende des Zweiten Weltkriegs bis zur Gründung der Bundesrepublik.	
---	---	------	---	--

Die Schülerinnen und Schüler sollten an Beispielen zeigen, wie sich die Mitwirkungsmöglichkeiten der westdeutschen Bevölkerung bei der Ausformung neuer politischer Strukturen langsam erweiterten. Sie sollen aber auch darstellen, wie die Westalliierten diese Möglichkeiten begrenzen und die Veränderungen in ihrer Deutschlandpolitik zu Beginn des Kalten Kriegs.

2	2	2006	Erläutern Sie die in M 1 angesprochenen Entwicklungen in der Bundesrepublik Deutschland zwischen 1950 und 1965 anhand zweier Beispiele Ihrer Wahl	
---	---	------	---	--

Beispiele für die Entwicklungen zwischen 1950 und 1965 könnten aus folgenden Feldern stammen:

Wiederherstellung der Souveränität (z.B. Befreiung vom Besatzungsstatus, Pariser Verträge) und Möglichkeiten einer selbständigeren Politik, z.B. in Außen- und Verteidigungspolitik, der Rechtsstaat und seine Prüfsteine (z.B. Spiegel-Affäre), wirtschaftlicher Aufschwung und seine negativen Auswirkungen, soziale Marktwirtschaft, Ausbau des Sozialstaats, Einstellungen in den 50er Jahren (z.B. nicht nur positives neues Selbstwertgefühl, mangelndes Interesse an Politik und der Aufarbeitung der Vergangenheit, statt dessen weitgehende Verdrängung, materielles Denken, Abschied von Ideologien).

2	2	2006	„Die Lage der Deutschen ist nicht wiederzuerkennen“ (M 1, Z. 2). Überprüfen Sie anhand selbstgewählter Beispiele, inwieweit diese Behauptung auch für die DDR von 1949 bis zum Zeitpunkt der Veröffentlichung von M 1 zutrifft.	
---	---	------	---	--

Die Schülerinnen und Schüler sollen anhand von ihnen gewählter Beispiele ihre Darlegungen begründen und belegen. Als Entwicklungen zwischen 1949 und 1965 könnten genannt werden: „Planmäßiger Aufbau des Sozialismus“, also die Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft seit 1952 (Sozialisierungen, Förderung der Schwerindustrie auf Kosten der Herstellung von Konsumgütern, Planwirtschaft mit 5-Jahres-Plänen), Zentralisierung („demokratischer Zentralismus“, „Partei neuen Typs“), ab 1954 weiterer Ausbau des Sozialismus, „Verschärfung des Klassenkampfes“ (erzwungene Kollektivierung, Ausbau der VEB, weitere Enteignungen, verstärkte Propaganda, Konflikte mit den Kirchen), ab 1956 Entstalinisierung, aber Stärkung der führenden Rolle der Partei, innerparteiliche Säuberungen, die Fluchtbewegung und ihre Auswirkungen. Die Wirkungen auf die Einstellungen der Bevölkerung könnten am Beispiel des Aufstands vom 17. Juni 1953 oder am Mauerbau 1961 dargestellt werden.

Die Antwort könnte aber auch zu dem Ergebnis führen, dass bis 1949 bereits grundlegende Maßnahmen zum Aufbau einer sozialistischen Diktatur getroffen waren und die

späteren Entscheidungen diese nur weiterentwickelten. Belege dafür könnten aus den Bereichen wirtschaftlicher Umbau, Ideologie, Propaganda, Erziehung, soziale Veränderungen herangezogen werden

2	2	2007	Überprüfen Sie Helmut Kohls Bewertung der sozialliberalen Politik anhand dreier Beispiele Ihrer Wahl.	
---	---	------	---	--

Die Schülerinnen und Schüler können sich aus den genannten politischen Bereichen konkrete Beispiele auswählen, an denen sie die Bewertung Kohls überprüfen. Um zu einer Zustimmung oder Ablehnung dieser Sicht zu kommen, müssen die Beispiele vertieft und ausgewogen diskutiert werden. Mögliche Ansatzpunkte wären die Reform des Scheidungsrechts oder der Gesetzeslage beim Schwangerschaftsabbruch, die Verstärkung des Resozialisierungsgedankens im Strafrecht, die Steigerung der Ausgaben für das soziale Netz oder die Erhöhung der Bildungsausgaben und die damit verbundene Idee der Verbesserung der Chancengleichheit. Andere Beispiele sind ebenfalls möglich.

2	2	2007	In M 1 wird von der Notwendigkeit einer neuen Politik gesprochen (Z. 39f.). Beurteilen Sie anhand unterschiedlicher Bereiche, inwieweit die Politik der christlich-liberalen Koalition diesem Anspruch gerecht wurde.	
---	---	------	---	--

Die Antwort sollte deutlich machen, dass die Politik der christlich-liberalen Koalition vor allem im Bereich der Wirtschafts- und Sozialpolitik tatsächlich neue Ansätze machte (z.B. bei den Ausgaben für Sozialpolitik, Pflegeversicherung). Dagegen waren die Außen- und Deutschlandpolitik – im Gegensatz zu Kohls Aussage – geprägt von Kontinuität (z.B. Festhalten an Kontakten zu DDR-Politikern, Vermittlung von Krediten an die DDR gegen das Zugeständnis menschlicher Erleichterungen, Kulturabkommen mit der DDR, Festhalten an der Nachrüstung).

2	2	2008	Ordnen Sie die Ost- und Deutschlandpolitik der Regierung Brandt/Scheel in die internationale Politik seit Beginn der sechziger Jahre ein.	
2	2	2010	3. Erläutern Sie, wie die Bundesregierungen in den 1960-er und 1970-er Jahren auf die Veränderung im Verhältnis der beiden Supermächte zueinander reagiert haben. <b>10 VP</b>	

Einordnung der Ost- und Deutschlandpolitik in internationale Politik seit Beginn der 60er-Jahre  
Außenpolitik:

- Nachvollziehen der Entspannungspolitik seit Ende der Cubakrise mit Abkehr vom Wettrüsten
- Beendigung des Stillstandes und der Selbstblockade gegenüber Ostblock in Außenpolitik seit Ende der Ära Adenauer
- Entspannung auf Weg zum Konfliktabbau und zur Friedenssicherung im internationalen Rahmen
- Ablösung der Hallstein-Doktrin durch Konzept „Wandel durch Annäherung“
- Fortbestehen der Gegensätze der beiden Machtblöcke im Gesellschaftssystem und Bündnissen
- Einrichtung eines „Heißen Drahtes“ zwischen Washington und Moskau zur Krisenprävention und Deeskalation
- weiterhin Konfrontation von USA und UdSSR in Vietnam
- KSZE-Prozess

Deutschlandpolitik:

- Vertragspolitik mit DDR mit Beispielen und grober Darstellung des Inhaltes
- Vertragspolitik mit Ostblockstaaten mit Beispielen und grober Darstellung des Inhaltes z. B. Warschauer Vertrag, Moskauer Vertrag
- Berlin-Abkommen 1971 mit USA, GB, F, UdSSR

freie Wahl der Schwerpunkte durch Schüler

Die SchülerInnen sollten erläutern, dass zunächst trotz beginnender Entspannungspolitik zwischen den beiden Supermächten (als Folge der Kuba-Krise 1962) die Regierungen Adenauer und Erhard an der Politik der Stärke gegenüber dem Osten (Magnettheorie) sowie dem Alleinvertretungsanspruch der BRD gegenüber dem Ausland (Hallstein-Doktrin) festhielten. Sie sollten erkennen, dass erst mit dem Wechsel von der großen zur sozialliberalen Koalition im Jahre 1969 eine endgültige Abkehr von diesen antikommunistischen Leitlinien erfolgte.

Die SchülerInnen sollten weiterhin verdeutlichen, dass die Regierung Brandt-Scheel mit ihrer „Neuen Ostpolitik“ in den sozialistischen Staaten einen „Wandel durch Annäherung“ anstrebte und sich somit an die Entspannungspolitik der USA anpasste. Als grundlegende Ziele der neuen Deutschland- und Ostpolitik sollten die Verbesserungen der Beziehungen auf allen Ebenen und insbesondere die menschlichen Erleichterungen genannt werden, die von einem „geregelten Nebeneinander“ zu einem Miteinander der beiden deutschen Staaten führen sollten. Dabei kann auch Brandts Kniefall vor dem Mahnmahl des Warschauer Ghettos als symbolische Geste von großer historischer Bedeutung angesprochen werden. Außerdem sollten die SchülerInnen ihre Ausführungen durch die Erläuterung der Ostverträge (Gewaltverzicht, Anerkennung der Grenzen und der staatlichen Souveränität) konkretisieren.

Ebenfalls kann darauf eingegangen werden, dass unter Helmut Schmidt die Neue Ostpolitik fortgeführt wurde, obschon Ende der 70er Jahre eine Verschlechterung der Ost-West-Beziehungen erfolgte.

2	2	2009	Erläutern Sie vier Ursachen der in M 1 und M 2 angesprochenen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen in der BRD der 50er Jahre sowie politische Auswirkungen dieser Entwicklungen. <b>12 VP</b>	
2	2	2011	5. Überprüfen Sie anhand von drei Beispielen Ihrer Wahl, inwieweit die politische Entwicklung im Innern der Bundesrepublik von 1949 bis in die 1980-er Jahre vom Ost-West-Konflikt bestimmt wurde.	

Bei der Erläuterung müssen die Schülerinnen und Schüler zwischen den Ursachen und den politischen Auswirkungen unterscheiden.

Als Ursachen für den wirtschaftlichen Aufstieg, von dem weite Teile der westdeutschen Gesellschaft profitierten, können erläutert werden: die relativ guten wirtschaftlichen Startbedingungen (weitgehende Unversehrtheit der industriellen Produktionskapazitäten, nur teilweise Zerstörung des Straßen- und Schienennetzes), außenpolitische Faktoren (Ende der Demontagen in der Bizone nach der Truman-Doktrin, Marshallplan, Korea-Krieg, Integration in europäische Wirtschaftsbündnisse, teilweiser Schuldenerlass), wirtschafts- und sozialpolitische Rahmenbedingungen (Währungsreform, Erhards Soziale Marktwirtschaft, zunächst sehr niedrige Löhne und fehlende Sozialhilfe bis 1962), günstige gesellschaftliche Faktoren (die Arbeitskraft der Vertriebenen aus dem deutschen Osten und hochqualifizierte Flüchtlinge aus der DDR, Konzentration auf den Wiederaufbau).

Bei den politischen Auswirkungen sollte erläutert werden, dass der wachsende Wohlstand, die wirtschaftliche Stabilität und der soziale Ausgleich die wichtigste Legitimation für die von den Alliierten verordnete Demokratie darstellten. Die Erfolge der Sozialen Marktwirtschaft führten auch in weiten Teilen der Arbeiterschaft zu einer wachsenden Akzeptanz dieses Wirtschaftssystems. Gleichzeitig trat bei vielen (West-) Deutschen der Wunsch nach einer schnellen Wiedervereinigung zunehmend in den Hintergrund. Außerdem ging mit der Konzentration auf den Wiederaufbau ein relativ geringes Interesse an Vergangenheitsbewältigung einher. Die wirtschaftliche Attraktivität der Bundesrepublik führte hingegen zu massiven Flüchtlingsbewegungen aus der DDR, die 1961 mit dem Mauerbau gestoppt werden sollten.

Allgemeines

- auch andere als die aufgeführten Beispiele sind möglich

- ausschlaggebend ist die Schlüssigkeit der Argumentation

Für die Abhängigkeit der innenpolitischen Entwicklung der Bundesrepublik im Ost-West-Konflikt könnten angeführt werden:

- Westintegration
- Wiederbewaffnung
- Spiegelaffäre
- Ostermärsche gegen Kriegsgefahr
- Notstandsgesetzgebung und damit verbundene Protestbewegungen 1968
- NATO-Doppelbeschluss und Friedensbewegungen
- Entstehung der „Grünen“

Als Argumente gegen die Abhängigkeit der Innenpolitik der Bundesrepublik vom Ost-West-Konflikt könnten aufgeführt werden:

- Einführung und Ausbau der sozialen Marktwirtschaft
- Sozialgesetzgebung der Ära Adenauer (auch Flüchtlings- und Vertriebenen-integration)
- innenpolitische Reformen der sozialliberalen Regierung (Ausbau des Sozialstaates, Bildungs- und Justizreform, nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik)

2	2	2008	In M 1 wird von der Notwendigkeit gesprochen, „die soziale Gerechtigkeit und den Freiheitsraum des einzelnen [zu] erweitern“ (Z. 3). Überprüfen Sie an zwei Politikbereichen, inwieweit diese beiden Ziele zwischen 1970 und 1974 umgesetzt wurden.	
---	---	------	---	--

Erweiterung des Freiheitsraumes und der sozialen Gerechtigkeit durch sozialliberale Koalition 1970-1974 an zwei Beispielen  
klare Unterscheidung der beiden Teilbereiche erforderlich

Ausbau des Sozialstaates:

- Rentenreform
- Ausbau der Sozialleistungen
- Bildungsreform mit BAföG
- Ausweitung des sozialen Wohnungsbaus
- einkommensabhängiges Kindergeld
- Vergrößerung des Arbeitsschutzes

Erweiterung der individuellen Freiheit:

- Mitbestimmung
  - Herabsetzung des Volljährigkeitsalters auf 18 Jahre
  - aktives Wahlrecht mit 18 Jahren
  - mehr Mitbestimmungsrechte in Betrieben für Arbeitnehmer
- Justizreform
  - Jugendstrafrecht
  - Abschaffung der Zuchthausstrafe
  - Resozialisierung vor Schuldsühne
- Familienrecht
  - neues Scheidungsrecht
- Frauenpolitik
  - Ausweitung der Gleichberechtigung: völlige Gleichstellung der Geschlechter
  - Verbesserung des Mutterschutzes

2	2	2009	4. Beurteilen Sie – vor dem Hintergrund der internationalen Konfliktlage zwischen 1945 und 1965 – Adenauers Behauptung, die Politik der Sowjetunion habe auf die Eroberung der Welt abgezielt (M 1 Z. 31f.). <b>12 VP</b>	
---	---	------	---	--

Bei der Beurteilung können die Schülerinnen und Schüler zentrale Ereignisse im angegebenen Zeitraum heranziehen, zum Beispiel die Errichtung sozialistischer Diktaturen in Ost- und Mitteleuropa (1945-49), die Berlinblockade (1948/49), das Verhalten der Sowjetunion in der

Deutschen Frage (Stalinnote von 1952), den Koreakrieg (1950-53), die sowjetische Reaktion auf die Aufstände in der DDR (1953), Polen und Ungarn (beide 1956), den Sputnik-Schock (1957), Chruschtschows Berlin-Ultimatum (1958), den Mauerbau (1961) sowie die Kuba-Krise (1962).

Um zu einer ausgewogenen Beurteilung zu gelangen, sollten die Schülerinnen und Schüler auch auf die Haltung der USA eingehen (Truman-Doktrin; Domino-Theorie; Rollback; flexible response; atomare Rüstung). Vor diesem Hintergrund kann die Politik der UdSSR nicht nur als bloße Aggression dargestellt werden, sondern muss auch als Reaktion auf eine vermutete Bedrohung durch den Westen gesehen werden.

Ebenfalls sollten die Bemühungen beider Supermächte angesprochen werden, die Konfrontation nicht auf die Spitze zu treiben (vgl. Kuba-Krise) bzw. Konfliktregelungen unter Wahrung ideologischer und machtpolitischer Interessen anzustreben (vgl. Waffenstillstandsabkommen für Korea 1953 und Atombombenteststoppabkommen 1963). Die Schülerinnen und Schüler können in ihrem abschließenden Urteil darauf hinweisen, dass das „Gleichgewicht des Schreckens“ durch die gegenseitige atomare Bedrohung bereits zu Beginn der 60er Jahre die Möglichkeit einer Welteroberung durch eine der beiden Supermächte ausschloss.

2	2	2010	4. Beschreiben Sie mit Hilfe der Statistiken (M 3a, M 3b) die wirtschaftliche Lage der DDR in den 1970-er und 1980-er Jahren. <b>10 VP</b>	
2	2	2010	5. Erläutern Sie anhand von drei selbst gewählten Beispielen, wie die Bevölkerung der DDR auf die wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse in der Ära Honecker reagierte.	

Mit Hilfe der Statistiken sollten die SchülerInnen die wirtschaftliche Lage der DDR folgendermaßen beschreiben:

Material 3a zeigt die im Vergleich zur BRD nur etwa halb so große Arbeitsproduktivität der DDR im Zeitraum von 1970 bis 1983. Allerdings fällt dabei ein leichter Produktivitätsanstieg in der gesamten Industrie auf (mit Ausnahme der Energie-wirtschaft), während der landwirtschaftliche Sektor an Produktivität verliert. Erklärt werden können diese Rückstände gegenüber der BRD-Wirtschaft durch die arbeitsintensivere Produktion in der DDR, die zur Vermeidung von Arbeitslosigkeit politisch gewollt war. Allerdings arbeiteten die Betriebe in der DDR dadurch nicht kostendeckend und waren somit auf staatliche Subventionen angewiesen. Dazu liefert Material 3b aus dem Jahr 1989 wichtige Hinweise: Es zeigt den hohen Subventionsanteil in den Bereichen Nahrung, Verkehr und Wohnen und verdeutlicht damit die Ursachen für die hohe Überschuldung der DDR.

In diesem Zusammenhang sollten die SchülerInnen darauf hinweisen, dass der Devisentransfer durch den innerdeutschen Transithandel, den Zwangsumtausch für westdeutsche Besucher und den regelmäßigen „Freikauf“ politischer Häftlinge durch die Bundesregierung neben den Milliardenkrediten aus der BRD wichtige Finanzierungsquellen für das SED-Regime darstellten.

Als weitere Kennzeichen der DDR-Wirtschaft können die Versorgungsengpässe im Konsumgüterbereich auf der einen Seite und die relativ stabilen Preise sowie die Erhöhung des Lebensstandards auf der anderen genannt werden.

Folgende Verhaltensweisen der DDR-Bevölkerung können die SchülerInnen beispielhaft erläutern: Rückzug ins Private (Nischengesellschaft), Mitarbeit und Identifikation (Rolle der Stasi), Anpassung und Mitläufertum, Dissidens (z.B. Flucht oder Nonkonformismus) und Opposition. In der Wahl ihrer konkreten Beispiele sind die SchülerInnen frei.

2	2	2011	Peter Christ misst den Zustand der DDR an dem der Bundesrepublik. Erläutern Sie, ausgehend von M 1, anhand von drei selbst gewählten Beispielen, wie die DDR-Führung in der Zeit von 1949 bis 1986 versuchte, sich im Wettlauf der Systeme durchzusetzen. <b>12 VP</b>	
---	---	------	--	--

#### Allgemeines

- Schüler können Beispiele u. a. aus den Bereichen Wirtschaft, wohlfahrtsstaatliche Einrichtungen, Ideologie und staatliche Repression wählen; Wahl auch aus anderen Bereichen ist möglich, sofern sie mit der Aufgabenstellung korrespondieren
- anschauliche Darstellung ist notwendig
- „Aufbau des Sozialismus“: Aufbau von Schwerindustrie; zunächst Enteignung und Landverteilung (noch vor 1949), dann Kollektivierung der Landwirtschaft und Verstaatlichung anderer Betriebe; zunächst Vernachlässigung der Konsum-güterindustrie, danach Kehrtwende (NÖS) zu massiven Subventionen der Grundnahrungsmittel und im sozialen Bereich
- Um- und Ausbau des Bildungswesens und dessen vermehrte Ideologisierung
- Honeckers „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“: Verstärkung der Subventionen im sozialen Bereich
- immense Investitionen in Computertechnologie, die dennoch hinter der Entwicklung des Weltmarktes hinterherhinkt
- Verschärfung und Ausbau des Repressionsapparates des MfS nach Aufstand 1953
- Abschottung gegenüber dem Westen bereits in Anfangsphase der DDR und später Mauerbau zur Beendigung des Massenexodus
- z. T. Liberalisierung des Wirtschafts- und Kulturlebens Mitte der 60-er und der 70-er Jahre (internationale Jugendtreffen, kurzzeitige Zulassung auch regime-kritischer Künstler) auch nach Phasen der Repression bzw. Einengung des Lebens (Aufstand 1953, Mauerbau 1961)

#### Besonderes:

- volle Punktzahl nur erreicht, wenn Verdeutlichung, welche Ursachen und Absichten die DDR-Führung zur jeweiligen Maßnahme im Wettstreit der Systeme bewogen haben
- Nachweis wirtschaftlicher, sozialpolitischer, kultureller sowie wissenschaftlicher Überlegenheit
- propagandistische Diskreditierung des kapitalistischen Systems (Schwarzer Kanal)
- Angst vor Wiederholung des 17. Juni, Eindämmung des Flüchtlingsstromes

2	2	2011	3. Erörtern Sie, ob die Deutschlandpolitik verschiedener Bundesregierungen von 1949 bis in die 1980-er Jahre dazu beigetragen hat, die deutsche Teilung zu vertiefen. <b>12 VP</b>	
2	2	2012	3. Erörtern Sie, ob sich zwischen 1959 und 1979 die internationalen und die deutsch-deutschen Beziehungen verbessert haben. <b>12 VP</b>	

#### Allgemeines:

- Schüler sollen durch Abwägen von Für- und Widerargumenten ein begründetes Urteil zu der Frage nach Wechselwirkungen zwischen der Deutschlandpolitik verschiedener Bundesregierungen und der Teilung Deutschlands formulieren
- Vollständigkeit aller genannten Aspekte wird in Schülerlösungen nicht erwartet, ausschlaggebend ist eine schlüssige Argumentation

#### Mögliche Aspekte sind:

- Ära Adenauer: Westintegration vor Vereinigung, Hallsteindoktrin, Politik der Stärke Magnettheorie, Einheitsrhetorik bei gleichzeitigem Alleinvertretungsanspruch
- sozialliberale Koalition: neue Ostpolitik und diverse Verträge mit der DDR (Transit- und Handelsabkommen), Wandel durch Annäherung (Anerkennung der DDR als Staat, Aufgabe der Hallsteindoktrin, Ständige Vertretungen)
- christlich-liberale Koalition: Fortführung der deutschlandpolitischen Linie der sozialliberalen Zeit, Kreditvergabe an die DDR

#### Besonderes:

- auch eine Relativierung der Einflussmöglichkeiten der verschiedenen Bundesregierungen ist möglich unter Hinweis auf geringen Gestaltungsspielraum in der internationalen Politik zwischen den Machtblöcken

#### Allgemeines

- Schüler sollen durch Abwägen des Für und Wider anhand geeigneter Argumente ein begründetes Urteil fällen
- im Urteil sind Schüler frei, entscheidend ist die schlüssige Begründung desselben

### gegen Verbesserung

- Cuba-Krise
- Vietnam-Krieg
- Berlinkrise 1958
- Einmarsch der SU in Afghanistan
- NATO-Doppelbeschluss
- Mauerbau und Grenzregime der DDR
- Niederschlagung des Prager Frühlings 1968
- Menschenrechtsverletzungen im Ostblock und Vorenthaltung von politischen Grundrechten
- Streichung des Ziels der Wiedervereinigung aus Verfassung der DDR
- Hallstein-Doktrin der BRD vertieft deutsche Spaltung
- gezielte Forcierung der Westanbindung der BRD Adenauers mit Betonung der Aussöhnung mit Frankreich in westeuropäischen Staatenbund der EWG
- Guillaume-Affäre als Belastung der deutsch-deutschen Beziehungen
- Ausdehnung des Kommunismus und Sozialismus in 70er-Jahren (Angola, Moçambique, Kambodscha, Laos, Mittelamerika)

### für Verbesserung

- Verhandlungen nach der Cuba-Krise
- SALT I und II 1972 und 1979
- KSZE-Prozess mit Schlussakte von Helsinki 1975
- Aufnahme der BRD und DDR in die UN
- Wandel durch Annäherung der sozialliberalen Koalition mit Ostverträgen (Viermächteabkommen, Transitabkommen, Grundlagenvertrag)
- Atomwaffensperrvertrag, Vertrag zur friedlichen Nutzung des Weltalls
- Jugendtreffen BRD-DDR
- Aufweichung der Hallsteindoktrin seit Erhard und Kiesinger

### Urteil

- durch Adenauer Verbesserung der internationalen Beziehungen der BRD zum Westen, auch zur SU
- dauerhafte Verbesserung seit den Ostverträgen, die aber die deutsche Teilung festigen
- dennoch fortdauernde Menschenrechtsverletzungen in DDR
- neue Verschärfung des Kalten Krieges ab Ende der 70er-Jahre durch Einmarsch der SU in Afghanistan und NATO-Doppelbeschluss und Wettrüsten mit der SU

2	2	2012	5. Überprüfen Sie an drei Beispielen Ihrer Wahl, ob sich Bürgerbeteiligung und politischer Protest in der Bundesrepublik von den 1950er- bis in die 1980er-Jahre verstärkt haben.	
---	---	------	---	--

### Allgemeines

- sowohl Argumente für als auch gegen eine vermehrte Bürgerbeteiligung sind zulässig
- die Überprüfung verlangt, die vorgegebene Aussage an den genannten Sachverhalten zu messen und zu einem Urteil zu kommen
- reine Darstellung von Sachverhalten ohne Abwägung wird der Aufgabenstellung nicht gerecht
- mögliche Sachfelder der Verstärkung politischer Beteiligung der Bürger könnten die Häufigkeit der Beteiligung, die Themenvielfalt, Mobilisierungseffekte oder die Umsetzung politischer Entscheidungen sein
- auch andere Kriterien sind möglich

### Einzelaspekte

#### 50er-Jahre

- Debatte um Wiederbewaffnung in frühen 50er-Jahren
- kaum Protest gegen gescheiterte Wiedervereinigung, da Westanbindung in Bevölkerung hohen Anklang findet und Nachholbedarf an Konsum und Wirtschaftswunder von politischen Problemen ablenken
- Spiegel-Affäre

#### 68-er Bewegung

- Jugendbewegung



- mangelnde Aufarbeitung der NS-Vergangenheit als Kritikpunkt der jungen Generation
- Protest gegen mangelnde politische Mitbestimmung und Große Koalition
- Protest gegen Vietnamkrieg und geplante nukleare Aufrüstung
- Kritik am Bildungssystem und überkommenen Moralvorstellungen
- Notstandsgesetzgebung
- Protestformen der 68er: Sit ins
- Kritik an Springerpresse
- Kritik am autoritären Staat und geplantem Staatsfernsehen (Fernsehstreit)
- rascher Zerfall der 68er-Bewegung nach Verabschiedung der Notstands-gesetze und nach Verweigerung von Streiks durch Gewerkschaften
- RAF als Sonderform extremsten Widerstandes als Ausbund der 68er-Bewegung

### Debatte um Ostverträge

### Umwelt- und Friedensbewegung

- Aktivierung von Menschen aus allen Bevölkerungsschichten, da jeder betroffen und keine soziale Revolution
- Entstehung der Grünen aus Umwelt- und Friedensbewegung, doch auch vermehrt Zulauf zu SPD und DKP
- Gegnerschaft gegen Atomkraft
- Protest gegen NATO-Doppelbeschluss und Militarismus
- Entstehung von Bürgerinitiativen

### Wir müssen mehr Demokratie wagen

- Herabsetzung des aktiven und passiven Wahlalters sowie der Volljährigkeit unter Brandt
- neue Sozialgesetzgebung
- mehr Mitbestimmung der Arbeiter in Firmen
- größeres Gewicht der Gewerkschaften
- größere Mitbestimmung der Studenten an Universitäten
- Bildungsreform macht höhere Bildung leichter allen zugänglich

### Kampf um die Gleichberechtigung der Frau

- in 50er-Jahren noch Prägung durch NS-Frauenbild
- neues Ehe- und Familienrecht
- § 218
- Wandel bedingt durch Wandel der Gesellschaft und Orientierung am Frauenbild der Weimarer Zeit mit zunehmend schwindendem Einfluss der Kirche auf die Gesellschaft

### Gegenargument

- zunehmende Politikverdrossenheit ab 80er-Jahren
- Null-Bock-Generation, die antipolitisch ist und sich aus der Gesellschaft ausklinkt
- Entstehung einer großen unpolitischen Masse von Konsumenten
- sinkende Wahlbeteiligung

2	3	2005	Überprüfen Sie, inwieweit Kennedys Strategie (M 1) für die amerikanische Außen- und Sicherheitspolitik bis Mitte der 80er Jahre bestimmend war.	
2	3	2009	5. Arbeiten Sie aus M 3 die außenpolitischen Ziele der Regierung Reagan heraus. <b>08 VP</b>	
2	3	2009	6. Vergleichen Sie ausgehend von M 3 das außenpolitische Handeln der Regierung Reagan mit der Außenpolitik früherer US-Regierungen seit 1945 anhand von zwei Beispielen Ihrer Wahl.	

Die Überprüfung sollte zu dem Ergebnis kommen, dass die Lösung des Konflikts eine Entspannungspolitik mit sich brachte. Das Wettrüsten wurde allerdings nicht beendet und es gab Stellvertreterkriege. Aber die beiden Blöcke erkannten sich grundsätzlich an, ebenso wie die Einflussphäre des anderen. Die von Kennedy angesprochene Strategie der Stärke und der Verhandlungsbereitschaft wurde weiter verfolgt, wobei die Gewichtung im gegebenen Zeitraum unterschiedlich war.

Die erste Phase, von der Kuba-Krise bis zur KSZE, war gekennzeichnet durch Verhandlungen und Verträge zur Rüstungsbegrenzung sowie direkte Kontakte („heißer

Draht“). Die USA führten jedoch einen Stellvertreterkrieg in Vietnam und entwickelten die Strategie der „flexible response“.

Nach der KSZE, in der zweiten Phase, kam es zur Aufrüstung (SS-20-Raketen, NATO-Doppelbeschluss, SDI) und die Sowjetunion marschierte in Afghanistan ein. Erst die Reformen unter Gorbatschow machten es möglich, die Entspannungspolitik erfolgreich neu zu beleben

Folgende außenpolitischen Ziele der Regierung Reagan sollten aus der Erklärung herausgearbeitet werden:

Kriegsvermeidung und Frieden (vgl. Z. 04 bzw. Z. 11); Beendigung der „gefährlichen Konfrontation“ (vgl. Z. 08f.); „Menschenrechte, wirtschaftlicher Fortschritt und nationale Unabhängigkeit“ (Z. 11) im globalen Ausmaß; Erhöhung der kollektiven Sicherheit (vgl. Z. 05f.) durch Abkehr von der Entspannungs- und Eindämmungspolitik (vgl. Z. 13-17) bei gleichzeitiger Hinwendung zur Politik der Abschreckung (vgl. Z. 18-21) mit Hilfe von Aufrüstung (vgl. Z. 24) und Festigung des westlichen Bündnissystems (vgl. ebd.f.).

Ausgangspunkt des Vergleichs sollte die amerikanische Position unter Reagan sein (so genannte Reagan-Doktrin; ab Zeile 15). Seine Strategie zielte darauf ab, durch Unterstützung antikommunistischer Guerilla-Verbände die Regierung prosovietischer Staaten (bzw. allgemein marxistisch beeinflusste Regierungen) zu schwächen und letztlich zu stürzen (z.B. in Nicaragua, Afghanistan und Angola). Sie kann insofern als eine spätere Variante des Rollback der Regierungen Eisenhower und Kennedy bezeichnet werden. Gleichzeitig beabsichtigte der überzeugte Antikommunist durch eine massive Aufrüstung, den Kalten Krieg durch eine Verschiebung des „Gleichgewichts des Schreckens“ zugunsten der USA zu beenden.

Zum Vergleich bieten sich die von Reagan genannte Entspannungspolitik (vor allem unter Nixon und Carter) sowie Trumans Eindämmungspolitik (seit 1947) an. Während sich letztere durch einen defensiveren Charakter als das Rollback auszeichnet (Containment), stehen bei der Entspannungspolitik die diplomatische Zusammenarbeit sowie vertragliche Regelungen zur Vermeidung von Konflikten im Vordergrund (vgl. die Einrichtung des Heißen Drahts von 1963, den Kernwaffensperrvertrag von 1968, die beiden SALT I und SALT II-Abkommen von 1972 bzw. 1979 sowie die KSZE-Schlussakte von Helsinki aus dem Jahr 1975).

Die Schülerinnen und Schüler sollten in einem abschließenden Vergleich festhalten, dass Reagan eine deutlich aggressivere Außenpolitik als seine unmittelbaren Vorgänger betrieb.

2	3	2011	Tabelle: Atomare Sprengköpfe der USA und der Sowjetunion  4.b) Erklären Sie auffallende Zahlenbewegungen in M 2 durch Ereignisse oder Entwicklungen in der internationalen Politik zwischen 1947 und 1997. <b>08 VP</b>	
2	4	2011	4.a) Beschreiben Sie die Statistik M 2 nach formalen und inhaltlichen Gesichtspunkten und beurteilen Sie ihre Aussagekraft. <b>08 VP</b>	

Allgemeines:

- Vollständigkeit der aufgeführten Aspekte wird in Schülerlösungen nicht erwartet
- es können auch andere Aspekte genannt werden
- ausschlaggebend ist die Ausgewogenheit zwischen Beschreibung und Beurteilung

Beschreibung der Tabelle nach formalen und inhaltlichen Kriterien

- Angabe von Zuwachs und Abnahme atomarer Sprengköpfe in den USA und der SU (ab 1991 Russland) zwischen 1947 und 1997 in Fünfjahresintervallen in absoluten Zahlen
- bis 1977 verfügen USA über höhere Zahl an Sprengköpfen
- ab 1980 Überflügelung der USA durch SU, so dass zwischen 1977 und 1982 atomares Patt mit beidseitig hohen Overkill-Kapazitäten erreicht ist
- erst ab 1982 numerische Dominanz der SU, die bis 1997 bestehen bleibt
- zwischen 1947 und 1962 starke Wachstumsraten bei USA und SU, doch USA jeweils um Vielfaches numerisch überlegen

- ab 1962 bis 1967 Verlangsamung des Wachstums in USA und 1972 gegenüber 1967 sogar Rückgang der Bestände
- in SU kontinuierlicher Anstieg der Wachstumsraten bis 1982, z. T. sehr stark
- in SU ab 1992 Sinken der Sprengkopfanzahl bis Wert von 1992 gegenüber 1992 fast halbiert

#### Beurteilung der Aussagekraft

- Aussagekraft nur begrenzt, da Wirkungskraft bzw. -bereich und technischer Stand der einzelnen Sprengköpfe sowie deren Trägersysteme nicht ersichtlich
- Verlässlichkeit der einzelnen Zahlen unklar, da oft nur auf Schätzungen beruhend (siehe Quellenangaben), bzw. solche Zahlen ein militärisches Geheimnis, auffallend die glatten Zahlen für die SU ab 1987 (vielleicht Zeichen für besonders restriktive Informationspolitik nach außen)

#### Allgemeines:

- Vollständigkeit der aufgeführten Aspekte ist nicht erwartet
- ausschlaggebend ist die Überzeugungskraft der Erklärung
- auch andere Aspekte können genannt werden

#### USA

- immense Wachstumsbeschleunigung nach Sputnikschock von 1957-1962, Wachstum um fast 100 % höher als maximaler Anstieg in der SU zwischen 1977 und 1982
- Drosselung des Zuwachses nach Cubakrise 1962 im Zuge beginnender Rüstungskontrollverhandlungen
- 1972 SALT I- und 1979 SALT II-Abkommen auf Höhepunkt der Entspannungs-politik führt zu Reduktion des US-Arsenals, Rückzug der USA aus Vietnam
- Verringerung der Abbauraten zwischen 1977 und 1982 durch Phase des „Second Cold War“ (Afghanistan) und NATO-Doppelbeschluss
- Anwachsen der US-Arsenale durch NATO-Doppelbeschluss und Stationierung der Mittelstreckenraketen und Marschflugkörper in der BRD durch Reagan
- mit Amtsantritt Gorbatschows 1985 und folgenden Abrüstungsverhandlungen in 2. Hälfte der 80-er Jahre Reduktion der Arsenale in den USA

#### SU

- numerisch hohe Produktion der SU an Sprengköpfen, doch gemessen an USA nur ein Bruchteil des Bestandes zwischen 1947 und 1972
- zunächst nur langsames Wachstum bis 1957 resultierend aus schlechter Wirtschaftslage nach dem Zweiten Weltkrieg und mangelnder Effizienz des planwirtschaftlichen Systems als Erklärung möglich
- erst in zweiter Hälfte der 70-er Jahre Erreichen des atomaren Paritäts, danach weiterhin Produktion enormer Stückzahlen 1977-82 10.908, 1982-87 9.048 möglicherweise durch technischen Rückstand gegenüber USA
- deutlich rascherer Rückgang der Sprengkopfanzahl nach Zusammenbruch der SU 1991 durch massive ökonomische Probleme

2	4	2007	Charakterisieren Sie die Entwicklung der DDR in der Ära Honecker bis zum Erscheinen der Karikatur M 2b	
---	---	------	--	--

Die Schülerinnen und Schüler sollten die Ära Honecker in ihren Grundzügen darstellen vom eher hoffnungsvollen Anfang über Phasen, die vom wirtschaftlichen Niedergang und autoritären Maßnahmen gekennzeichnet waren bis zum Ende in politischer Uneinsichtigkeit. Die Beispiele können frei gewählt werden. Die größere Freiheit für Kunst und Kultur und die wachsende internationale Anerkennung der DDR am Anfang könnten genannt werden, ebenso wie die seit der Mitte der 70er Jahre stärkere Reglementierung von Wissenschaft und Kunst, die wirtschaftliche Stagnation, der technologische Rückstand, schließlich die wachsenden Probleme der Wirtschaft, Umweltzerstörung, Fälschung wirtschaftlicher Zahlen, Ausbildung einer Nischengesellschaft, wachsende Opposition trotz der Repressalien usw.

2	4	2008	Charakterisieren Sie Beispiele für „unangepasstes Verhalten und politische Opposition“ (M 2b, Z. 9) in der Bundesrepublik	
---	---	------	---	--

			und der DDR zwischen 1950 und Anfang der 80er Jahre und beurteilen Sie deren Wirkungen.	
--	--	--	---	--

Unangepasstes Verhalten und politische Opposition in BRD und DDR zwischen 1950 und Anfang der 80er-Jahre sowie Beurteilung deren Wirkung

Herausstellung unangepassten Verhaltens und politischer Opposition in beiden deutschen Staaten mit jeweils typischen Merkmalen als Hauptziel der Beantwortung

#### BRD

- Auseinandersetzungen um Wiederbewaffnung
- Rock'n Roll-Bewegung, Hippies
- 68er-Bewegung, APO
- Notstandsgesetze
- RAF-Terror
- DKP, Grüne, Wiedererstarben der Rechten
- Ablehnung der Ostpolitik durch CDU/CSU
- Bürgerinitiativen: Friedens- und Ökologieinitiativen, Startbahn West, Wackersdorf, Proteste nach NATO-Doppelbeschluss
- Frauenbewegung
- Bekämpfung der gewaltbereiten APO, hartes Vorgehen gegen militanten RAF-Terror, doch konstruktiver Umgang mit Opposition und Versuch zur Findung von Kompromissen

#### DDR

- 17. Juni 1953 und Streikbewegung zuvor
- Fluchten und Ausreisearträge
- jugendliche Subkulturen
- Nischengesellschaft, Datschenkultur
- Menschenrechts- und Friedensbewegungen auch im Zuge des KSZE-Prozesses und in 80er-Jahren
- kirchliche Friedens- und Ökologiebewegungen (z. B. „Schwerter zu Pflugscharen“)
- Opposition von Künstlern und Intellektuellen
- eigentliche politische Opposition nicht existent
- Überwachung der einzelnen Gruppen durch Stasi, Verhaftungen, Repressalien gegen Mitglieder und Hauptaktivisten; kein demokratischer Umgang mit Opposition und Dissidenten, sondern z. T. Hausarrest, Ausbürgerung

Anstreben einer begründeten Beurteilung auf Grundlage der ausgewählten Beispiele, Wahl der Beurteilungskriterien durch Schüler ist frei

2	5	2004	Stellen Sie unter übergeordneten Gesichtspunkten zusammen, welche Faktoren nach Meinung des Autors von M 2 zur Einheit Deutschlands beigetragen haben. 10 VP	
2	4	2004	3. Zeigen Sie, wie die Bevölkerung der DDR den im Text angesprochenen „Prozess in Gang brachte und vorantrieb“ (M 2, Z. 15) und inwiefern sich dabei ein Wandel vollzog. 8 VP	
2	5	2004	4. Erläutern Sie, vom Text (M 2) ausgehend, die Herstellung der deutschen Einheit im internationalen Rahmen. 10 VP	

Die Schülerinnen und Schüler müssen Oberbegriffe finden, die es ihnen ermöglichen, die im Text genannten Faktoren sachlich und logisch zu ordnen, z.B. die handelnden Personen: Die Bevölkerung der DDR hat den Einigungsprozess angestoßen und vorangebracht, die Umsicht der handelnden Politiker und ihre Bereitschaft, die Gelegenheit auch zu ergreifen, hat den Prozess erfolgreich verlaufen lassen.

Außenpolitische Bedingungen: Die Bereitschaft der Sowjetunion, die Mitgliedschaft des vereinigten Deutschlands in der NATO hinzunehmen, die Zustimmung Mitterands, weil er die Einigung Deutschlands als Schritt zur Einigung Europas sah.

Günstige Rahmenbedingungen: Die Verhandlungsbereitschaft Gorbatschows, die Tatsache, dass die Bevölkerung der DDR einen Wandel, nicht eine Revolution oder einen Umsturz betrieb, der Verzicht auf Nationalismus, die Bindung an das westliche Bündnis und die europäische Einigung.

Die Aufgabenstellung erwartet keine Auseinandersetzung mit den Motiven der oppositionellen Bewegungen in der DDR, aber auch keine Darstellung der Ereignisse, die zur Wiedervereinigung führten. Stattdessen sollen die Schülerinnen und Schüler grundlegende Mittel und Methoden beschreiben, mit denen die DDR-Bevölkerung den Prozess begann und weiterführte. Konkrete Ansatzpunkte könnten sein: Die Ausreise- und Fluchtbewegung, die Gründung politischer Vereinigungen durch oppositionelle Gruppen, der andauernde Massenprotest (z.B. Montagsdemonstrationen), die – auch öffentliche – Kritik am politischen System, verbunden mit der Forderung nach Reformen, die Durchsetzung des „Runden Tisches“, der Wahlsieg der „Allianz für Deutschland“.

Da im Text die Rolle der Sowjetunion und Frankreichs geschildert wird, sollten die Schülerinnen und Schüler die Rolle Gorbatschows und den Kurswechsel der sowjetischen Politik erörtern (z.B. die Zustimmung zum Verbleib Deutschlands in der NATO) wie auch den Wandel in Frankreich von der Ablehnung zur Zustimmung. Die zentrale Rolle der USA bei der Wiedervereinigung muss herausgearbeitet werden; Großbritanniens Ablehnung könnte erörtert werden. Die Bedingungen für die Zwei-Plus-Vier-Verhandlungen und ihre Ergebnisse müssen dargestellt sein.

2	5	2004	5. Untersuchen Sie an Hand von Beispielen Ihrer Wahl, inwiefern „die Stunde der Vereinigung Deutschlands zugleich“ zu einem Schritt auf dem Weg zur „weiteren Einigung Europas“ wurde	
---	---	------	---	--

Die Schülerinnen und Schüler können als Beispiele die Charta von Paris 1990, den Vertrag von Maastricht 1993, die Währungsunion durch die Einführung des Euro, die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) wählen. Die Osterweiterung der EU und die Reform der EU-Verfassung könnten ebenfalls dargestellt werden. Auf jeden Fall soll herausgearbeitet werden, dass die zunehmende Einigung Europas auch ein Gegengewicht zu einem wiedervereinigten und damit erstarkten Deutschland ist. An den gewählten Beispielen soll gezeigt werden, welche Dynamik im euro-päischen Einigungsprozess vorhanden ist.

Falls Probleme der Einigung aus der Zeit vor 1990 dargestellt werden, entspricht auch dies der Aufgabenstellung.

2	5	2005	Beurteilen Sie, inwieweit die von de Maizière in M 2 angesprochenen Bedingungen realisierbar waren. 12 VP	
---	---	------	---	--

De Maizière sieht keine einfachen und schnellen Lösungen für die nationale Einheit. Am ehesten scheint sie ihm in einem geeinigten Europa möglich, das friedlich ist. Weil es entmilitarisiert ist und wirtschaftlich so eng verbunden, dass der Ost-West-Gegensatz nicht mehr vorhanden ist. Es werde seiner Meinung nach vom Atlantik zum Ural reichen und durch eine ökologische und soziale Marktwirtschaft zur Lösung von weltweiten Umwelt- und Wirtschaftsproblemen beitragen. Erst in dieser Kon-föderation kann ein geeinigtes Deutschland Mitglied sein, weil es die Interessen seiner Nachbarn nicht mehr stört. Eine schnelle Vereinigung hält er für falsch. Die DDR und die Bundesrepublik müssten Eigenes einbringen und einiges aufgeben, z.B. Alleinvertretungsanspruch und Bevormundung; diese Forderung zielt eindeutig auf die Bundesrepublik.

Die polnische Westgrenze ist für die DDR unveränderbar, dies gelte auch für die Bundesrepublik.

2	5	2005	6. Beschreiben Sie an Hand von jeweils zwei Beispielen Ihrer Wahl Chancen und Probleme im vereinigten Deutschland.	
---	---	------	--	--

Diese Aufgabe ermöglicht es den Schülerinnen und Schülern, die im Unterricht gesetzten Schwerpunkte zu behandeln. Der Erstkorrektor sollte daher eine Liste der Themen für den Zweitkorrektor bereitstellen.

Es können zwei Beispiele frei gewählt werden, an denen sich möglicherweise Chancen und Probleme gleichzeitig darstellen lassen. Es kann sich um psychologische, rechtliche, wirtschaftliche oder politische Themen handeln. Die Antwort sollte sich nicht in einer Aufzählung von Fakten erschöpfen, sondern problemorientiert sein.

2	5	2006	Beurteilen Sie, inwieweit das Ende der DDR eine Folge „der Selbstauflösungstendenzen im Sozialismus“ war (M 2b, Z. 5).	
2	5	2010	Erörtern Sie ausgehend von M 2 die Behauptung, die Außenpolitik Gorbatschows habe den Ost-West-Konflikt überwunden. <b>12 VP</b>	

In ihrer Antwort sollten die Schülerinnen und Schüler zeigen, dass das Ende der DDR ein komplexer Prozess war, bei dem viele innere und äußere Entwicklungen mitspielten. Der Zusammenhang der Bürgerbewegung in der DDR mit den Veränderungen im Ostblock (Polen, Ungarn) und speziell mit der von Gorbatschow ab 1985 eingeleiteten Reformpolitik soll hergestellt werden. Die wirtschaftlichen Probleme der DDR und die scharfe Ablehnung des Reformkurses bis zur Isolation im Ostblock verstärkten innere Probleme, die Fluchtbewegung und die Bürgerbewegung gewannen an Kraft und führten zur „friedlichen Revolution“. Die Schülerinnen und Schüler können wählen, welche Aspekte innerhalb dieser Prozesse sie zum Schwerpunkt machen.

Die SchülerInnen sollten für eine angemessene Beurteilung von Gorbatschows Bedeutung für die Überwindung des Ost-West-Konflikts sowohl dessen Maßnahmen als auch seine Motive berücksichtigen.

Dabei bleibt festzuhalten, dass seine inneren Reformen („Perestroika“ und „Glasnost“) keinen grundlegenden Systemwandel herbeiführen sollten, sondern allein der Erneuerung des Sozialismus dienten. Auch bei der neuen Entspannungspolitik ging Gorbatschow weiterhin von der friedlichen Koexistenz der rivalisierenden Systeme aus.

Allerdings hat seine Politik des „neuen Denkens“ ebenso wie der Bruch mit der Breschnew-Doktrin zweifellos eine große Rolle bei der Überwindung des Ost-West-Konflikts gespielt. Der sowjetische Abzug aus internationalen Konfliktfeldern (z.B. Afghanistan und Angola) hat die Annäherung an die USA ebenso begünstigt wie die demonstrative Abrüstungsbereitschaft der UdSSR. Die wirtschaftliche Notlage als wichtiges Motiv der Verhandlungsbereitschaft sollte dabei jedoch nicht übergangen werden. Ebenso kann das Streben nach engerer wirtschaftlicher Zusammenarbeit mit dem Westen im Zusammenhang mit dem bevorstehenden Kollaps der Sowjetunion gesehen werden.

Allerdings muss auch die aktive Rolle der oppositionellen Bewegungen in mehreren osteuropäischen Staaten hervorgehoben werden, da sie den Zusammenbruch des Ostblocks beschleunigten und somit auch das Ende des Kalten Kriegs. Nicht zuletzt sollte das umsichtige Verhalten der Westmächte gegenüber der angeschlagenen Sowjetunion erwähnt werden.